



Rüsselsheim, 25.09.2012

An das  
Büro des Stadtverordnetenvorstehers  
z.Hd. Fr. Breunig

### **Antrag zur Behandlung in der StVV am 11.10.2012**

### **Vermögenssteuer fordern - Beitritt zur Initiative „Vermögenssteuer jetzt !“**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim beschließt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim spricht sich für die Einführung einer Vermögensteuer aus und tritt öffentlichkeitswirksam der Initiative „Vermögenssteuer jetzt!“ bei. Sie fordert Bund und Länder auf, die notwendigen gesetzgeberischen Schritte zur Wiedereinführung einer Vermögenssteuer in die Wege zu leiten.
2. Der Oberbürgermeister und der Magistrat werden aufgefordert, sich entsprechend gegenüber der Landes - und Bundesregierung für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer einzusetzen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die zentrale Forderung des Bündnisses UmFAIRteilen, Reichtum höher zu besteuern, und ruft die BürgerInnen Rüsselsheims auf, sich an Aktivitäten dieses Bündnisses zu beteiligen

### **Begründung:**

Zu 1. Und 2.)

Die kommunale Selbstverwaltung mit entsprechender finanzieller Ausstattung wird durch Artikel 28 Grundgesetz und Artikel 137 Hessische Verfassung garantiert. Diese Selbstverwaltungsaufgabe ist seit Jahren in Gefahr, weil die Finanzmittel zur Erfüllung der kommunalen Aufgaben nicht mehr ausreichen. Diesen Sachverhalt hat auch die hessische Landesregierung mit der Etablierung des „kommunalen Schutzschilds“ anerkannt.

Die Forderung der Initiative (siehe <http://www.vermoegensteuerjetzt.de/>) „Vermögenssteuer jetzt! Ich fordere, schnellstmöglich wieder eine Steuer auf große Vermögen in Deutschland einzuführen.“ lässt Spielraum für verschiedene Ausgestaltungen einer Vermögenssteuer.

Die Erläuterung „Eine Steuer von einem Prozent auf das Nettovermögen (nach Abzug von Schulden) oberhalb eines Freibetrags von 500.000 Euro für einen Familienhaushalt würde etwa 20 Milliarden Euro im Jahr einbringen“ soll deutlich machen, dass die Vermögensteuer einen substanziellen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte leisten kann und soll. Eine Festlegung auf ein bestimmtes Modell oder Aufkommen ist damit nicht verbunden.

Das Aufkommen der Vermögensteuer fließt den Ländern zu. Hessen würde bei den angenommenen 20 Milliarden Euro – nach Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs – rund 1,5 Mrd. Euro jährlich an Mehreinnahmen haben. Daran wären nach derzeitigem Rechtsstand die hessischen Kommunen im Rahmen des KFA mit etwa 350 Mio. Euro beteiligt.

Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer wäre somit ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Haushalte der Länder und Kommunen.

Zu 3.)

Das Bündnis "Umfairteilen" wird getragen von Sozialverbänden wie VDK, SoVD, Paritätischer Gesamtverband, durch Gewerkschaften wie ver.di, GEW und DGB-Jugend, durch Attac, medico, die katholische Arbeitnehmerbewegung, Naturfreunde und viele andere.

Das Bündnis nennt als Möglichkeiten, Reichtum höher zu besteuern

- eine Vermögensteuer und eine einmalige Vermögensabgabe, um die notwendigen öffentlichen und sozialen Ausgaben gerecht zu finanzieren und die Verschuldung abzubauen;
- einen konsequenten Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen und für eine Steuer auf Finanzmarktgeschäfte, gegen die Spekulation und gegen die Armut, weltweit.

(siehe <http://umfairteilen.de/> )

Jens Grode  
SPD-Fraktionsvorsitzender

Maria Schmitz-Henkes  
Fraktionsvorsitzende  
Bündnis 90/Die Grünen

Karl-Heinz Schneckenberger  
Fraktionsvorsitzender  
Die Linke/Liste Solidarität

---

Marktplatz 4  
65428 Rüsselsheim  
Fon (06142) 13650  
[SPD-Ruesselsheim@t-online.de](mailto:SPD-Ruesselsheim@t-online.de)

Marktplatz 4  
65428 Rüsselsheim  
Fon (06142) 13235  
[fraktion@gruene-ruesselsheim.de](mailto:fraktion@gruene-ruesselsheim.de)

Marktplatz 4  
65428 Rüsselsheim  
Fon (06142) 1624 998  
[fraktion@liste-solidaritaet.de](mailto:fraktion@liste-solidaritaet.de)